Dringlichkeitsantrag

TOP:	
Vorlagen-Nummer:	**VI/2015/01236**
Datum:	22.09.2015
Bezug-Nummer.	
PSP-Element/ Sachkonto:	
Verfasser:	Krause, Johannes
Plandatum:	

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.09.2015	öffentlich Entscheidung

Betreff: Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Dienstleistungszentrum Migration und Integration

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zu seiner Sitzung am 28.10.2015 eine detaillierte Aufgabenbeschreibung des neu geschaffenen Dienstleistungszentrums Migration und Integration zur Kenntnisnahme vorzulegen. Hierbei sind insbesondere die Organisationsstruktur, der avisierte Dienstleistungsprozess und die Schnittstellen innerhalb und außerhalb der Verwaltung darzulegen. Ferner ist der Stadtrat zu informieren, ob für den Prozess Qualitätsstandards erstellt wurden, welche dies ggf. sind und in welchen Zeitabständen diese evaluiert werden.

2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzustellen, welche Einrichtungen bzw. Institutionen in das ständige Kommunikationsnetzwerk des DLZ einbezogen werden.

3. Ferner ist der Stadtrat über die Struktur des Dienstleistungszentrums sowie über die konkreten Stellenbezeichnungen und ihre jeweiligen Aufgabenbeschreibungen zu informieren.

4. Die Änderungen im Stellenplan, die sich durch Verschiebungen innerhalb der Verwaltung und eventuelle Aufwertungen von Stellen ergeben, sind dem Stadtrat in transparenter und nachvollziehbarer Weise, unabhängig von den Beratungen zum Stellenplan 2016, darzustellen.

5. Weiterhin ist darzulegen,
- in welchem Umfang zur Bewältigung der Arbeit des DLZ die Einstellung neuen Personals erforderlich ist,
- ob dem DLZ weiteres Personal aus anderen Bereichen der Stadtverwaltung zugeordnet werden soll und
- ob das zur Verfügung stehende Personal als geeignet erachtet wird bzw. wie es auf die

neue Aufgabe vorbereitet und ggf. weiter qualifiziert wird.

6. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzustellen, ob und in welche Beschlüsse des Stadtrates durch die Arbeit des DLZ eingegriffen wird und welche weiteren Beschlüsse des Stadtrates erforderlich sind, um die Arbeit des DLZ zu unterstützen

gez. Johannes Krause
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Begründung:

Der gegenwärtige Aufwuchs der Flüchtlingszahlen in Halle ist zweifelsfrei eine der größten politischen Herausforderungen der gegenwärtigen Kommunalpolitik. Um diese effektiver bewältigen zu können, hat der Oberbürgermeister beschlossen, innerhalb der Verwaltung ein neues Dienstleistungszentrum Migration und Integration zu gründen.
Von der Gründung des Dienstleistungszentrums wurde der Stadtrat über das Amtsblatt vom 27.08.2015 in Kenntnis gesetzt. Nach Aussage des Oberbürgermeisters auf der Beigeordnetenkonferenz vom 09.09.2015 hat das DLZ seine Arbeit jedoch schon vor zwei Monaten aufgenommen.

In der gegenwärtigen Situation ist es erforderlich, dass die ganze Stadt - Stadtrat und Verwaltung - geschlossen und gut abgestimmt handelt. Organisatorische Alleinentscheidungen des Oberbürgermeistersmögen mögen zwar rechtlich zulässig sein, sind aber in Anbetracht der besonderen Herausforderungen für die Stadt weder sinnvoll noch angemessen.

Fehlende und späte Informationen erschweren und behindern ein geschlossenes Auftreten der Stadt als Ganzes. Daher ist es aus Sicht der SPD-Fraktion dringend erforderlich, dass der Stadtrat präzise über die Struktur, Aufgabenverteilung, personelle Ausstattung und ggf. die zusätzlichen finanziellen Auswirkungen (z. B. durch Aufwertungen im Stellenplan) des DLZ sowie über dessen kommunikatives Vorgehen informiert wird. Nur so kann der Stadtrat die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in dieser besonderen Situation abschätzen, um weiter eine effiziente Zusammenarbeit aller städtischen Akteure im Bereich der Flüchtlingspolitik gewährleisten zu können.

Vorsorglich sei ausgeführt, dass der Verweis auf die alleinige Organisationskompetenz des Oberbürgermeisters in diesem Fall nicht ausreicht, sondern eine unbedingte Information durch die Verwaltung erfolgen muss.